

A-048/2018	<b>Eingegangen im Sekretariat der Oberbürgermeisterin</b> 24.10.2018	
	5974	Bd

## Beschlussantrag Nr. BA-052/2018

**Einreicher:**  
Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP

**Gegenstand:**  
Präventionsmaßnahme gegen extremistische Gewalt in jeglicher Form

Kostendeckungsvorschlag:  
(Produktuntergruppe)

		Status	Beratungsergebnis		
Beratungsfolge (Beiräte, Ortschaftsräte, Ausschüsse, Stadtrat)	Sitzungs- termine	öffentlich/ nichtöffentlich	bestä- tigt	abge- lehnt	ohne Empfeh- lung
Stadtrat	11.12.2018	öffentlich			

**Beschlussvorschlag:**

- Die Stadt Chemnitz verpflichtet sich, aktiv bei der Bekämpfung jeglicher Formen extremistischer Gewalt mitzuwirken, Aufrufe zu extremistischer Gewalt jeglicher Form zu verfolgen und zu ahnden, in Chemnitz agierende extremistische Vereinigungen öffentlich zu benennen und gegen deren Organisationsstrukturen, sofern erforderlich in Kooperation mit anderen staatlichen Einrichtungen, vorzugehen. Der Beschluss ist ab sofort umzusetzen.
- Allen Vereinigungen, Organisationen und privaten Akteuren, welche selbst zu extremistischer Gewalt aufrufen, diese verherrlichen und/oder extremistischen Gewalttätern bzw. deren Unterstützern ihre Strukturen zur Verfügung stellen oder für diese werben, muss die Stadt nach dem Bekanntwerden sofort sämtliche Zuwendungen streichen bzw. Unterstützung in jeglicher Form verweigern. Eine erneute Vergabe dieser oder vergleichbarer Zuwendungen an nachfolgende Organisationen (auch neu gegründete) ist nicht möglich. Der Beschluss ist ab sofort umzusetzen.

*i. A. R. Mann*

\_\_\_\_\_  
Unterschrift

### **Begründung:**

In den letzten Jahren hat es in ganz Deutschland immer wieder Straftaten gegeben, die extremistischer Gewalt zugeordnet werden können. Betroffen sind nicht nur Vertreter/innen der Legislative, der Judikative und der Exekutive, sondern alle Bereiche der Bevölkerung. Dieser Gewaltspirale muss die Gesellschaft aktiv entgegenwirken. Der Beschlussantrag soll in diesem Zusammenhang nicht nur ein plakatives Zeichen setzen, sondern er soll die Grundlage dafür bilden, dass die Strukturen, welche extremistische Gewalt unterstützen, verherrlichen oder anderweitig unterstützen, keinerlei staatliche Unterstützung erhalten.